

Landesparteitag und LandesvertreterInnenversammlung bereiten Bundestagswahl vor

Was tun in polarisierenden Zeiten? Abschottung oder Solidarität? Mit dieser Diskussion begann am 18. Februar der Landesparteitag der LINKEN in der Lutherstadt Wittenberg. DIE LINKE fordert eine Politik, die Zusammenhalt erst möglich macht: Wir streiten für mehr Gerechtigkeit, verlässliche soziale Sicherheit und bessere Chancengleichheit. Umverteilung, Friedenspolitik und soziale Mindestsicherungen, die die Würde des Einzelnen auch in schwierigen Lebenslagen bewahren, werden im Zentrum unseres Wahlkampfes stehen.

Im von den Delegierten beschlossenen Aufruf „Gerechtigkeit verbindet“ (siehe Seite 4 in dieser Ausgabe), aus Anlass der kommenden Bundestagswahl, heißt es: „Wir kämpfen gemeinsam mit denen, die Selbstermächtigung und Solidarität zusammenbinden. Zusammen mit denjenigen, die sich von globaler Ausbeutung, Gewalt und Klimawandel bedroht fühlen. Gemeinsam mit denjenigen, die sich in der Abwägung von Sicherheit und Freiheit nicht durch Angst blind machen wollen. Das Integrationshemmnis Nummer Eins ist Armut, nicht die Religion, nicht das Geschlecht, nicht die Kultur. Wir kämpfen mit allen, die bei dieser Bundestagswahl eine gerechte Gesellschaft als Antwort auf diese Zeit sehen.“

Petra Sitte ist die Spitzenkandidatin der LINKEN in Sachsen-Anhalt

Im Anschluss an den Landesparteitag wählte die VertreterInnenversammlung die Landesliste mit den Bewerberinnen und Bewerbern für die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag. Je nach Stärke der erreichten Zweitstimmen bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 entscheidet die Reihenfolge der Liste über den Einzug in den Bundestag. DIE LINKE garantiert Frauen und Männern die gleichen Chancen, mindestens die Hälfte der Listenplätze ist für Frauen vorgesehen.

In die Bundestagswahl zieht DIE LINKE Sachsen-Anhalt mit der Spitzenkandidatin Petra Sitte, für die 91,6 Prozent der Vertreterinnen und Vertreter stimmten. Sie ist eine unserer anerkanntesten Politikerinnen, verbunden mit Sachsen-Anhalt und in besonderer Weise mit ihrem Wahlkreis Halle. Sie ist in der Forschungs- und Wissenschaftspolitik eine der profiliertesten Vertreterinnen der LINKEN. Als derzeit 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion ist sie an herausgehobener Stelle für DIE LINKE tätig.



Die LINKE Spitzenkandidatin für Sachsen-Anhalt (Foto privat)

Alle weiteren Wahlergebnisse gibt es hier. Wir gratulieren allen Gewählten ganz herzlich und freuen uns auf einen spannenden Wahlkampfommer.

Listenplatz mit Ergebnissen der Bewerberinnen und Bewerber in Prozent

1. Petra Sitte (91,6 Prozent)
2. Jan Korte (94,1 Prozent)
3. Birke Bull-Bischoff (58,0 Prozent)
4. Matthias Höhn (77,3 Prozent)
5. Eva von Angern (52,2 Prozent, in der Stichwahl gegen Evelyn Edler)



Die VertreterInnen aus dem Salzlandkreis bei der Listenaufstellung in Wittenberg (Foto privat)

Aus Sicht des Kreisverbandes landeten mit Eva von Angern und Jan Korte gleich zwei DirektkandidatInnen, deren Wahlkreis den Salzlandkreis schneiden, auf den aussichtsreichen ersten fünf Plätzen. Die Landesvorsitzende Birke Bull-Bischoff, bisher Bernburger Landtagsabgeordnete, geht auf Platz drei ins Rennen und wird außerdem im Burgenlandkreis-Saalekreis direkt für die Bundestagswahl kandidieren.

Die weiteren Ergebnisse für die Plätze 6 bis 10:

6. Jörg Schindler (73,9 Prozent)
7. Evelyn Edler (65,2 Prozent)
8. Pia Schillinger (62,5 Prozent)
9. Gabriel Rücker (57,1 Prozent)
10. Michael Ney (56,3 Prozent, nach Stichwahl)

Inhalt:

Seite 1

Landesparteitag und LandesvertreterInnenversammlung bereiten Bundestagswahl vor

Seite 2

Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL.GERECHT.FÜR ALLE

Seite 3

Armutsbericht 2017 – Kinderarmut in den Fokus nehmen

Merkel und Gabriel verharmlosen Problemlage in der Türkei

Seite 4

Gerechtigkeit verbindet - Leitantrag an den Landesparteitag

Seite 5

Schulbezirke und Bodenpreise - Wahlkreistag von Birke Bull-Bischoff

Finden und Binden – Arbeitsmarktgespräch in Bernburg

Seite 6

Politikstammtisch zum Thema „Innere Sicherheit“

Aktuelles aus der Arbeit der Kreistagsfraktion DIE LINKE

Seite 7

LINKER Politikstammtisch mit Wulf Gallert in Staßfurt

Winterfütterung mit Besuch beim Stachelschwein

Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL.GERECHT.FÜR ALLE

Friedrich Schütz

Zum Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE für die Bundestagswahl 2017

Am 14. Januar, dem Tag vor dem Jahresauftakt der Partei DIE LINKE, stellten die Parteivorsitzenden unter dem in der Überschrift angeführten Titel den 1. Entwurf des Bundestagswahlprogramms vor. Damit wurde auch die Diskussion hierüber eröffnet, deren Höhepunkt vier Regional-Konferenzen waren, darunter die am 11. Februar für die ostdeutschen Landesverbände in Leipzig. Diese Aussprache fortzuführen, sollte eine Aufgabe aller Gliederungen der Partei sein. Auf der Sitzung des Parteivorstandes am 1. und 2. April wird dann ein überarbeiteter Entwurf des Wahlprogramms als Leitantrag für den Parteitag am 9. bis 11. Juni in Hannover beschlossen.

Das Wahlprogramm ist natürlich nicht von der Wahlstrategie zu trennen, die in ihren Grundzügen in der vorigen Ausgabe dieser Zeitung dargestellt wurde. Unser Grundsatz, die Gleichheit der Menschen, durchzusetzen, erfordert eine „Revolution der sozialen Gerechtigkeit“. Das verlangt aber eine starke LINKE und entsprechende Bündnispartner.

Das durch die Delegierten des Parteitages zu beschließende Wahlprogramm ist die wichtigste Arbeitsgrundlage für die Fraktion DIE LINKE und deren Mitglieder im 19. Deutschen Bundestag. Die im Folgenden dargestellten ausgewählten inhaltlichen Schwerpunkte zeigen eindeutig: DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit - und das für alle Menschen. Vorher möchte ich aber noch, um bestimmte Argumente unserer politischen Gegner zu entkräften, einen Satz von Bernd Riexinger erwähnen „Unser Programm ist durchfinanziert“. (siehe Disput 1/ 2017, Seite 4).

1. DIE LINKE kämpft für einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie für ein neues Normalarbeitsverhältnis. Als Sofortmaßnahmen will sie durchsetzen: die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, Befristung stoppen und Lohndumping durch Leiharbeit verhindern. Sie verlangt Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter. DIE LINKE kämpft für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Eine Normalarbeitszeit sollte „um die 30 Stunden-Woche kreisen“. „Sechs Stunden Arbeit pro Tag im Schnitt sind genug!“ Sie ist für familiengerechte

Arbeitszeiten sowie für ein umfassendes Recht auf Weiterbildung ein.

2. DIE LINKE setzt sich sehr entschieden gegen die Altersarmut ein. Sie fordert die Anhebung des Rentenniveaus auf wieder 53 Prozent, was eine durchschnittliche Erhöhung der Rente um 130 Euro bedeuten würde. Statt des Renteneintritts mit 67 Jahren ist unsere Partei für eine Rente ab 65 oder nach 40 Beitragsjahren. Für alle

Deutschland lebenden Menschen sollen ihr Mitglied sein. Sie bezahlen den gleichen prozentualen Teil ihres Einkommens als Beitrag, der unter 11 Prozent liegen könnte. Alle medizinisch notwendigen Leistungen würden von der Krankenkasse bezahlt.

Unsere Partei setzt sich für eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. Polikliniken sollen zu einem Rückgrat der ambulanten Versor-



Das Spitzenteam für den Bundestagswahlkampf (Foto Martin Heinlein)

älteren Menschen, die nicht die erforderlichen Einzahlungen leisten konnten, will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro im Monat. „Niemand darf gezwungen sein, zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln“. Und schließlich fordern wir eine „zügige Angleichung“ der Renten im Osten an das Westniveau.

3. DIE LINKE ist für soziale Sicherheit statt für Hartz IV, Armut und Schikane. Deshalb will sie dieses System abschaffen. Es soll durch gute Arbeit, eine bessere Erwerbslosenversicherung und eine bedarfsgerechte Mindestsicherung ohne Sanktionen ersetzt werden. Ihre Höhe soll 1050 Euro im Monat betragen. Sie gilt für Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige und Erwerbsunfähige.

4. Der Zwei - Klassen -Medizin stellt DIE LINKE ihr Modell einer Solidarischen Gesundheitsversicherung gegenüber. Alle in

gung werden. Äußerst wichtig ist die Überwindung des Personalmangels in den Kliniken. So fehlen gegenwärtig etwa 100 000 Pflegerinnen und Pfleger.

5. DIE LINKE setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West ein. Dafür benötigen wir einen solidarischen Länderfinanzausgleich sowie eine umfassende Gemeindefinanzreform, in der „die Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer umgewandelt wird“. DIE LINKE will einen Sozialpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West einführen.

Unsere Partei fordert Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland. So müssen ihre Lebensleistungen anerkannt werden, und der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist noch längst nicht überall durchgesetzt. Einen Weg, um die Verhältnisse zwischen beiden Landesteilen weiter anzugleichen, sieht die Partei

Fortführung von Seite 2

in der Förderung besonders innovativer Industrien im Osten.

6. Wir wollen eine Demokratisierung der Demokratie, von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft befördern. „Soziale und demokratische Rechte sind unteilbar“. Die politische Landschaft der BRD hat sich in den letzten Jahren nach rechts verschoben. „Jeder Angriff auf Flüchtlingsheime ist ein Angriff auf die Demokratie“.

DIE LINKE fordert die Sicherung der Unabhängigkeit der Politik. So soll die Bestechung von Abgeordneten unter Strafe gestellt werden. Die Vermengung von politischen und wirtschaftlichen Interessen soll Einhalt geboten werden.

Unsere Partei fordert eine umfassende Wahlrechtsreform. Die Fünf-Prozent-Klausel soll abgeschafft und das Wahlrecht ab

16 Jahren eingeführt werden. Die Demokratie darf nicht am Werktor enden. Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sollen ausgeweitet werden. Zu den Forderungen der LINKEN gehören auch die Verteidigung des Asylrechts und die nach einer bürgernahen Polizei.

7. DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Sie kämpft für eine konsequente Abrüstung und will den Waffenexport verbieten. Statt Krieg und Kriegsdrohungen müssen Konflikte friedlich gelöst werden. Wir fordern deshalb, die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückzuziehen und wenden uns auch entschieden gegen ihren Einsatz im Innern. Die noch in Deutschland stationierten Atomwaffen der USA müssen sofort abgezogen und vernichtet werden.

Unsere Partei kämpft für eine solidari-

sche und gerechte Weltwirtschaftsordnung, für Demokratie und Menschenrechte in allen Ländern. Die weltweit zunehmende Zahl von Flüchtlingen erfordert eine Bekämpfung der vielseitigen Fluchtursachen.

DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. „Wir sehen in den Vereinten Nationen das zentrale Organ für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften“. Wir wollen sie stärken und demokratisieren. Besonders hervorheben möchte ich den Satz: „Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg“.

Der Programmentwurf endet mit folgendem Aufruf: „Ohne dich, ohne euch geht es nicht. Wahlen und Wahlkämpfe können viele Menschen begeistern, wenn sie sich Veränderungen erwarten. Gemeinsam können wir etwas erreichen: Eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt“.

Armutbericht 2017 – Kinderarmut in den Fokus nehmen

Birke Bull-Bischoff, Landesvorsitzende

Zum heutigen Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur Entwicklung der Armut in Deutschland erklärt die Landesvorsitzende Birke Bull-Bischoff: In Deutschland gibt es wenige sehr vermögende Menschen, aber viele arme. Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat, gilt als arm oder armutsgefährdet. Das sind bundesweit 15,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband berichtet im heute vorgelegten Armutbericht 2017 über erhebliche regionale Unterschiede. So sinken die Armutsquoten in Ostdeutschland leicht, aber nehmen in Westdeutschland zu.

Wir brauchen angesichts der erdrückenden Datenlagen keine Diskussion darüber, wie man die Armutsgefährdung relativieren oder kleinreden kann. Stattdessen muss es um Themen wie die Wiederherstellung des Sozialstaates, um Steuerge-

rechtigkeit, die Beendigung des Hartz-IV-Systems, die Eindämmung des Niedriglohnssektors und um Gesundheitsvorsorge gehen.

Mit über 20 Prozent Armutsquote bleibt Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich von Armut betroffen. Auch für Kinder ist die Armutsgefährdung in Sachsen-Anhalt besonders hoch: 2015 lebten 72 000 Kinder von staatlicher Grundsicherung, das entspricht rund 24 Prozent (Angaben der Bertelsmannstiftung). Besonders betroffen sind dabei Alleinerziehenden oder Familien mit mehr als zwei Kindern. Im Bundesdurchschnitt lebten 2015 15 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Familien, die auf Hartz IV angewiesen waren. In den größeren Städten Sachsen-Anhalts, in Halle (Saale), Magdeburg und Dessau-Roßlau, ist die Armutsgefährdung von Kindern besonders hoch.

DIE LINKE hat im Dezember 2016 ein bun-

desweites Netzwerk gegen Kinderarmut gegründet und will auch in Sachsen-Anhalt dazu aktiv werden. Kinder und Jugendliche tragen keinerlei Verantwortung für ihre Situation. Ihre Lebensumstände werden von den Eltern und der Gesellschaft bestimmt. Ethisch und volkswirtschaftlich wird die Armut von Kindern und Jugendlichen zum größten Problem unseres Landes.

DIE LINKE fordert angesichts der rund zwei Millionen von Armut betroffenen Kinder eine verbesserte Infrastruktur kostenfreier Betreuung, Bildung und kulturelle Teilhabe sowie ein regelmäßiges Monitoring, das den Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern ermöglicht. Die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung halten wir für ebenso notwendig wie Investitionen in Einrichtungen des Kinder- und Jugendschutzes.

Merkel und Gabriel verharmlosen Problemlage in der Türkei

Jan Korte, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

„Sowohl Kanzlerin Merkel als auch Vizekanzler Gabriel erkennen die Problemlage in der Türkei nicht, falls sie es überhaupt wollen. Bei den Verhaftungen von Deniz Yücel und anderen geht es nicht um ‚unverhältnismäßig harte‘ Entscheidungen, wie sie es verharmlosend genannt haben, sondern um grundfalsche, demokratiefeindliche und menschenrechtswidrige Maßnahmen“, erklärt Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der

Fraktion DIE LINKE. Korte weiter:

„Wenn Merkel ein einziges Mal in ihrer Amtszeit ein deutliches Zeichen in Richtung Erdogan aussenden möchte, sollte sie es jetzt endlich tun. Von der Bundesregierung erwarten wir nicht noch mehr affektierte Worte der Empörung, sondern konkreten Druck auf Erdogan zum Schutz der inhaftierten Journalistinnen und Journalisten sowie der unterdrückten Opposition. Dazu gehören Sanktionen gegen Erdo-

gan und Regierungsmitglieder und der längst überfällige Abzug der Bundeswehr aus Incirlik. Wenn sich die EU nicht weiter von Erdogan erpressen lassen will, muss sie sich außerdem endlich um die Schaffung von Ressourcen zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen in der EU sowie einen für alle Mitgliedsstaaten gerechten Verteil- und Finanzierungsschlüssel kümmern.“

Gerechtigkeit verbindet – Leitantrag an den Landesparteitag

DIE LINKE Sachsen-Anhalt

Wer bedroht den sozialen Frieden? Die Armen oder die Reichen? Die Zuwanderer oder die Einheimischen? Soll Angst weiter die öffentliche Rede bestimmen, soll Gewalt die öffentliche Auseinandersetzung verrohen? Immer lauter wird in unserer Gesellschaft gestritten. Aber wovon – über Normen, Zuwanderung und Terrorgefahr. Sind das die grundlegenden Themen für unsere Zukunft?

DIE LINKE fragt dagegen nach dem Weg für mehr Zusammenhalt: Wir wollen streiten für mehr Gerechtigkeit, verlässliche soziale Sicherheit und bessere Chancengleichheit. Für eine gerechtere Weltordnung, die Kriege, Klimakatastrophen und Armut wirksam bekämpfen kann. Unsere Aufgabe ist es, die Scheinwerfer zu drehen: Von unten nach oben. Der gesellschaftliche Reichtum wird immer ungerechter verteilt. In den Händen weniger konzentrieren sich immer größere Vermögen, während das Heer der Armen wächst und die Mittelschicht schrumpft. Grade einmal 100 Menschen halten 50 Prozent des weltweiten Reichtums in ihren Händen. In Deutschland gehört die Hälfte der gesamten Vermögen nur den obersten zehn Prozent. Die Löhne schleichen, die Gewinne rennen. Und die Politik paktiert im Namen von Wirtschaftskraft und Standortvorteil zu oft mit den Besitzenden.

Und, je reicher die Reichen werden, desto mehr koppeln sie sich ab. Geschützt vom Blick des Alltags, sind die wirklichen Parallelwelten entstanden. Minderheitenrechte, wohin man schaut, Zusatzzahlungen für Aufsichtsräte, Prämien für Börsenmakler, Steuergeschenke für reiche Erben, für Immobilienbesitzer, für Vermögende. Wer von seinem Kapital lebt, zahlt weniger als derjenige, der einer Lohnarbeit nachgeht. Wer gut verdient, bekommt mehr Leistungen einer privaten Krankenversicherung und kann in Würde altern.

Dennoch ist der Blick vieler gebannt: Je mehr die Mitte vom Abstieg bedroht ist, desto genauer schaut sie auf die Leistungen für die Armen. Je stärker die Konkurrenz auf der Arbeit, desto ängstlicher der Blick auf die, die zu uns kommen. Je mehr die Arbeit mit dem Digitalen wächst, desto beklommener der Blick vieler, die von ihrer Hände Arbeit leben. Je näher die Kriege der Welt rücken, desto misstrauischer der Blick zum eigenen Türschloss. Der neoliberale Umbau der

Gesellschaft hat Spuren hinterlassen. Privat vor Staat hieß die Devise, wer nicht mitkommt, sich nicht durchsetzt, nichts ansparen kann, hat eben Pech gehabt.

Wir sagen: Schluss mit dem Ausspielen von Gruppen, Schluss mit Panikmache und dem Ziehen der nationalen Karte. Solidarität statt Neid muss die Devise heißen. DIE LINKE wird sich anlegen mit den Mächtigen: Reiche und Superreiche durch eine Millionärs- und eine Vermögenssteuer stärker in die Verantwortung nehmen. Ein höherer Spitzensteuersatz und eine wirkliche Erbschaftsteuer für die Finanzierung unseres Gemeinwesens. Wer Armut aufhalten will, muss



**Gerechtigkeit
verbindet.**

Reichtum begrenzen. Nicht private Wohltätigkeit, sondern ein wieder funktionierender Sozialstaat ist die Antwort auf die wachsende Ungleichheit. Eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur – von Bus und Bahn bis zur Polizeistation – braucht öffentliche Finanzierung. Eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Eine Rentenzukunft, vor der man sich nicht fürchten muss. Der Mindestlohn auf der einen Seite braucht auch einen Höchstlohn auf der anderen. Ungleichheit verschwindet nicht über Nacht: Nicht Tafeln sollen unsere Kinder satt machen, sondern gutes Essen in KITA, Schule und Zuhause.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dennoch wird sie beschädigt. Jeden Tag. Durch Armut und Ausgrenzung. Durch Alter und Krankheit. Durch digitale Überwachung. Durch Gewalt und Krieg. Mit der Aufnahme von Geflüchteten haben wir Menschen in Not endlich Schutz gegeben. Wer sein Leben rettet, will danach auch ein Leben führen. DIE

LINKE setzt sich dafür ein – gemeinsam mit vielen Tausenden Helferinnen und Helfern. Wir kämpfen zusammen gegen die Flamme des Hasses, die mit neuer Kraft lodert, gegen rassistische Abwertung und gegen die alten und neuen Geschichten von Sündenböcken und vom Kampf der Kulturen. Die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte ist kein Ergebnis deutscher Leitkultur, die entstand vor dem Eindruck der entsetzlichen Verbrechen des Naziregimes. Wer mehr Gleichberechtigung, Geschlechtergerechtigkeit und Gerechtigkeit durchsetzen will, kann nicht gleichzeitig Mauern bauen.

Im Schlepptau des Rassismus erleben wir die Wiederkehr vergangenen geglaubter Schlachten: Die Familie wird verteidigt, obwohl sie niemand angreift. Frauenrechte sind plötzlich Herzensangelegenheit der Stammtische. Die Rechte von Lesben und Schwulen werden angegriffen, als würde ein Zurück ins Verborgene irgendjemandem dienen. Das eigene Glück wird nicht größer, indem wir es anderen verwehren. DIE LINKE kämpft mit denen, die Selbstermächtigung und Solidarität zusammenbinden.

Zusammen mit denen, die sich von globaler Ausbeutung, Gewalt und Klimawandel bedroht fühlen statt von Menschen- und Frauenrechten. Gemeinsam mit denen, die sich nicht wie in TTIP den Rechtsstaat durch Konzerne aushebeln lassen. Gemeinsam mit denen, die sich in der Abwägung von Sicherheit und Freiheit nicht durch Angst blind machen wollen.

Das Integrationshemmnis Nummer Eins ist Armut, nicht die Religion, nicht das Geschlecht, nicht die Kultur. Ein Wohlstand, mit dem sich Familien gründen lassen, das lange geltende Aufstiegsversprechen durch Bildung für jedermann, die Zuversicht, dass es den eigenen Kindern besser gehen wird als einem selbst, die Sicherheit im Alter, all dies ist nicht durch das Fremde bedroht, sondern durch soziale Ungleichheit. Durch gute Bildung, auskömmliche Jobs und eine gerechtere Vermögensverteilung gewinnen alle. DIE LINKE ist die soziale Stimme in der Bundesrepublik und wichtige Kraft für ein gemeinsames Europa. Wir kämpfen mit allen, die bei dieser Bundestagswahl eine gerechte Gesellschaft als Antwort auf diese Zeit sehen.

Schulbezirke und Bodenpreise - Wahlkreistag von Birke Bull-Bischoff

Jana Lankau, Wahlkreismitarbeiterin MdL Birke Bull-Bischoff

Am 22. Februar war Birke Bull im Wahlkreis unterwegs. Die Regenbogenschule, der Bauernverband und die Zukunft des Lohelandhauses waren die Stationen. In einem Gespräch mit zwei Kolleginnen der Regenbogenschule ging es um Schuleinzugsbereiche. Die Regenbogenschule leidet unter den Anträgen zur Abweichung von Schulbezirken, die aus Angst vor Klagen vom Landesschulamt in Größenordnungen genehmigt werden. Schulbezirke werden von Kommunen eingerichtet, um die Schülerströme einigermaßen gleichmäßig auf die Schulen der Stadt zu verteilen. D.h., je nach Straßenzug wird festgelegt, in welche Schule ein Kind gehen soll. Die Regenbogenschule hat ein Imageproblem, das mit den pädagogischen Angeboten nichts zu tun hat: sie liegt in einem sogenannten sozialen Brennpunkt. Die Fenster könnten neue Farbe gebrauchen, aber geht man hinein, trifft man auf eine liebevoll gestaltete Lernumgebung und auf ein engagiertes Kollegium, die alle Herausforderungen der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen oder mit fehlender deutscher Sprache

durch viel individuelle Förderung meistern. Eltern, die ihre Kinder in dieser Schule hatten, zeigen sich sehr zufrieden – und dennoch: knapp die Hälfte aller Eltern künftiger ABC-Schützen stellen einen Antrag auf Ausnahmeregelung. Dies hat zur Folge, dass die Regenbogenschule nur eine 1. Klasse eröffnen kann und andere Schulen aus allen Nähten platzen. Unsere Gesprächspartnerinnen warnten vor einer gänzlichen Aufhebung der Schulbezirke. Eine dann drohende soziale Entmischung an Schulen nimmt in Kauf, das viele Lernerfahrungen nicht mehr stattfinden. Wenn man schon im Kindesalter nur noch mit seinesgleichen unterwegs ist, wie soll dann der Blick auf die Stärken und Probleme anderer gelingen? Eine Aufwertung des Wohngebietes, an der die Wohnungsgesellschaft schon arbeitet, ist dringend geboten und wird von unserer Stadtfraktion begleitet.

Beim Bauernverband ging es um wirtschaftliche Probleme, in die die landwirtschaftlichen Betriebe geraten. Sei es durch steigende Pachten, durch Lebensmittelpreise, die kaum noch Gewinnspannen

zulassen, oder – als eines der jüngsten Probleme – durch den heimisch werdenden Wolf. Problematisch wird auch gesehen, dass Boden inzwischen eine rentable Geldanlage ist. Er wird von einigen Fonds aufgekauft, nicht um ihn zu bewirtschaften, sondern um Rendite zu erzielen. Auch das führt zu steigenden Pachten. Hier empfiehlt Herr Sauhof, Vorsitzender des Kreisbauernverbandes einen Blick zu unseren französischen Nachbarn. Dort entscheidet eine Kommission, in der auch die Landwirte vertreten sind, wie zum Verkauf stehendes Land aufgeteilt wird.

Das Lohelandhaus entwickelt sich zu einer neverending-story. Frau Reichmann machte die Abgeordnete mit der Bedeutung des Lohelandhauses als denkmalgeschütztes Haus bekannt. Dieses Thema kam nicht zum ersten Mal auf den Tisch. Das Haus ist baufällig, kann aber laut Gutachten nicht so einfach weggerissen werden. Mehrere Bernburger*innen haben sich die Rettung und neue Nutzungsmöglichkeiten des Hauses auf die Fahnen geschrieben. Hier wird es demnächst eine Kleine Anfrage im Landtag geben.

Finden und Binden – Arbeitsmarktgespräch in Bernburg

Jana Lankau, Wahlkreismitarbeiterin MdL Birke Bull-Bischoff

Wie kriegen wir die gegenwärtig hohe Nachfrage nach Arbeitskräften mit passenden Bewerberinnen und Bewerbern besetzt? Dieser Frage gingen in einem Arbeitsmarktgespräch die Geschäftsführerin der Arbeitsagentur Anja Huth und der Betriebsleiter des Jobcenters Thomas Holz, die Mitglieder der Kreistagsfraktion und des Betriebsausschusses Jobcenter Sabine Dirlich und Christian Jethon, sowie die beiden Landtagsabgeordneten Doreen Hildebrandt und Birke Bull-Bischoff nach.

Anja Huth registriert in der letzten Zeit ein Rekordhoch in der Arbeitskräftenachfrage. Es gibt relativ wenige neue Zugänge in die Arbeitslosigkeit, weil Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber länger an ihren Beschäftigten festhalten. „Wer drin ist, ist drin, wer draußen ist, bleibt draußen“ fasst sie eine Tendenz zusammen. Mehrere Programme werden genutzt, um eine passgenaue (Nach-)Qualifizierung anbieten zu können. Gute Erfahrungen wurden mit Betriebspraktika gemacht. Das Problem:

niemand kann zur Qualifizierung gezwungen werden. Und wenn am Ende des Prozesses auch nur eine Arbeit auf Mindestlohniveau steht, fehlt oft die Motivation zur Aus- und Weiterbildung. Der Lohn muss schon perspektivisch eine Verbesserung der Lebenssituation bringen. Hier sind die Arbeitgeber gefragt. Wer gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben will, muss gut zahlen.



Gespräch im Bernburger Wahlkreisbüro
(Foto privat)

Mit diesen Fragen hat auch Thomas Holz im Jobcenter zu kämpfen. Hinzu kommen spezifische Probleme mit den sogenannten 1-Euro-Jobs. Es kann nicht der Plan sein, einen 30 oder 40-Jährigen von einem 1-Euro-Job in den nächsten zu stecken. Wenn Arbeitgeber, Vereine oder Kommunen dauerhaften Bedarf haben, dann müssen sie auch irgendwann jemanden einstellen. Das Jobcenter könne dann bei Bedarf die sozialpädagogische Betreuung, die Qualifizierung oder die Mobilität unterstützen.

Die Not, Stellen besetzen zu können, wird größer, dadurch wird auch die Geduld größer, Arbeitsuchenden eine Chance zu geben, auch wenn sie auf den ersten Blick nicht perfekt sind. Unternehmen müssen sich bewusstwerden, welche demografische Zeitbombe in ihrer Belegschaft tickt und rechtzeitig eine Strategie entwickeln, Menschen zu finden und zu binden. Arbeitsagentur und Jobcenter sind dabei Ansprechpartner, die dabei kompetent helfen können.

Politstammtisch zum Thema „Innere Sicherheit“

Henriette Krebs, Ortsverband Bernburg

Am 22. Februar fand der nunmehr dritte Politstammtisch im Bernburger Wahlkreisbüro statt. Dieses Mal war die innenpolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion, Henriette Quade, zu Gast. Gleich zu Beginn stellte Henriette Quade die problematische Wirkung der sprachlichen Bezeichnung der „Inneren Sicherheit“ dar. Die „Innere Sicherheit“ suggeriert, dass nur eine Bedrohung von außen auf diese „Innere Sicherheit“ erfolgen kann, und plädierte daher für die Verwendung der Begrifflichkeit „Öffentliche Sicherheit“. So ganz wollten ihr da die Diskussionsteilnehmer nicht folgen, wohl auch weil wikipedia die „Innere Sicherheit [...] als den Schutz der Gesellschaft und des Staates vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen, die sich aus dem Inneren der Gesellschaft selbst heraus entwickeln“, definiert. Einig waren sich die DiskussionsteilnehmerInnen dagegen, dass eine persönliche und gesellschaftliche Sicherheit nicht erzielt werden kann, indem der Datenschutz ausgehöhlt wird, ständig

„härtere“ Gesetze und mehr Befugnisse für die Exekutivorgane des Staates gefordert werden. Nicht die Gesetze sind das Problem. Vielmehr bedarf es einer personell angemessenen und kompetenten Polizei, die für ihre Bürgerinnen und Bürger erreichbar ist, und so zeitnah die bereits existierenden Gesetze durchsetzen kann. Auch die Stärkung des Justizapparates, in welcher etwa Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der persönlichen Ebene nicht von Reichsbürgern belangt werden können, hilft die bestehenden Gesetze umzusetzen und damit die „Innere Sicherheit“ zu bewahren. Die Beschneidung individueller Freiheitsrechte ist dagegen der falsche Weg um mehr Sicherheit zu erreichen.

Henriette Quade machte in ihrer Argumentation sehr deutlich, dass eine „law-and-order“-Debatte nicht weiterhilft. Vielmehr müssen neben der Stärkung von Polizei und Justiz und dem Schutz der Freiheitsrechte die moralischen Grundregeln, auf welche sich die Mitglieder einer Gesellschaft ver-

ständig haben, bewahrt werden. Selbstjustiz ist zu ächten. Asylsuchende und Asylunterkünfte sind zu schützen. Und die Freiheit der Offenheit zu wahren und zu verteidigen. Die Aufgabe einer LINKEN ist es ruhig und sachlich mit gefestigten Argumenten in die Sicherheitsdebatte zu treten und den Ruf nach Fußfesseln und Ausweitung von Videoüberwachung als das zu enttarnen, was es ist: einem konservativen Sicherheitsversprechen auf Kosten der individuellen Freiheitsrechte eines jeden Einzelnen.



Henriette Quade beim LINKEN Stammtisch
(Foto privat)

Aktuelles aus der Arbeit der Kreistagsfraktion DIE LINKE

Henriette Krebs, Fraktionsassistentin

Neues aus dem Kreistag

Recht friedlich verlief die Sitzung des Kreistages am 01.03.17. Einzig die Beschlussvorlagen zum Salzlandmuseum mussten von der Tagesordnung genommen werden, da die Kalkulation zur Berechnung der Gebühren für das Museum nicht stimmig war. Die Verwaltung des Salzlandkreises wird diesen Beschlussvorlagen überarbeiten müssen. Ansonsten stimmten die Mitglieder der Kreistagsfraktion DIE LINKE den Beschlussvorschlägen der Verwaltung mehrheitlich zu. Einzig beim Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017 des Jobcenters im Salzlandkreis kam es zu zahlreichen Enthaltungen der Fraktionsmitglieder, da erneut Eingliederungshilfen in den Verwaltungstitel des Jobcenters überführt wurden. Ein Vorgehen, welches die Fraktion DIE LINKE seit Jahren beständig kritisiert und auf eine Veränderung drängt.



Sitzung der Kreistagsfraktion in Barby
(Foto privat)

Kreistagsfraktion vor Ort unterwegs

Am 27. März tagten die Mitglieder der linken Kreistagsfraktion in der Elbe-Saale-Klinik in Barby. Im Gespräch mit dem neu gewählten Bürgermeister Torsten Reinharz und zwei interessierten Bürgerinnen erfuhren die anwesenden Fraktionsmitglieder viel Wissenswertes über Barby. Aber auch kritische Themen, wie die Finanzlage der Stadt Barby, der Stand der Hochwasserbeseitigungsmaßnahmen und ein geplanter, aber nicht realisierter Radweg wurden erörtert.

Dezentrale Schuleingangsuntersuchung – ein kleiner Erfolg

Nachdem es im vergangenen Jahr zu massiven Beschwerden durch die Elternvertretungen im Salzlandkreis bezüglich der zentralisierten Schuleingangsuntersuchung in Bernburg-Roschwitz gekommen war, haben der Landrat und die Verwaltung inzwischen eingelenkt. Künftig wird es wieder dezentrale Schuleingangsuntersuchungen in Bernburg-Roschwitz, Schönebeck, Aschersleben und Staßfurt geben. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE, welche den Protest der Elternvertretungen von Beginn an unterstützt hat, begrüßt dieses Vorgehen ausdrücklich. Denn diese Dezentralisierung verbessert die Situation für Eltern und künftige Erstklässler deutlich. So entfällt der zeitliche Aufwand der An- und Rückreise nach Bernburg-Roschwitz aus dem gesamten Salzlandkreis, die wirtschaftliche Belastung der Eltern und vor allem die nervliche Belastung der künf-

tigen Erstklässler und die Situation wird insgesamt maßgeblich entspannt.

Starthilfe für junge Volljährige erhöht – ein weiterer Erfolg

In der Sitzung des beschließenden Jugendhilfeausschusses am 24.02.17 ist die Mehrheit der Ausschussmitglieder einem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE gefolgt, wonach die Starthilfe zur Einrichtung einer eigenen Wohnung für junge Erwachsene künftig bis zu einem Beitrag von 1.400 EUR gewährt wird. Damit erfolgt eine Orientierung an die kreiseigene Richtlinie für ALG II- und Sozialhilfebezieher. Einzig die Mitglieder der CDU-Fraktion enthielten sich ihrer Stimme. In den behandelten Beschlussvorlagen war für junge Erwachsene lediglich eine einmalige Beihilfe zur Wohnungsausstattung in Höhe bis zu 800 EUR eingeplant. Beim Erstbezug einer eigenen Wohnung reicht dieser Zuschuss für Anschaffung von Mobiliar, Hausrat und Haushaltswäsche bei weitem nicht aus, kritisiert die Fraktion DIE LINKE. „Weshalb zwischen den einzelnen Hilfebedürftigen bisher Unterschiede in diesem Punkt gemacht wurden, hat sich mir noch nie erschlossen. Auch ein junger Erwachsener, der zuvor Hilfe zur Erziehung erhalten hat, erhält bei der Anschaffung einer Wohnungseinrichtung keinen Rabatt“, erklärte Christian Jethon in der Ausschusssitzung.

LINKER Politstammtisch mit Wulf Gallert in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsverbandsvorsitzender

Im vollbesetzten Vereinsraum der Gaststätte „Meyer´s Bräustübe 1“, informierte unser Gesprächspartner über längere Zeit zurückliegende Zusammenkünfte von PolitikerInnen unserer Partei, mit der SPD und Mitgliedern und Anhängern der Grünen. Das Thema

„Rot-Rot-Grün“ wurde zu diesem Zeitpunkt wenig ernst genommen, die damals eingeleitete Debatte gewinnt heute durch den erstarken Rechtsextremismus aber an Fahrt. Sie erfordert die Verstärkung der gemeinsamen Bemühungen, darüber nachzudenken, was wir miteinander tun können, gegen den Aufstieg der AfD und anderer nationalistischer Bewegungen.

Er stellte fest: „Wir erleben momentan in ihrem Auftreten im Landtag straff rechtsextremistische Positionen mit faschistischen Elementen. Sie sind nicht mehr die Protestpartei, für die so manche bei der Landtagswahl aus Protest gegen die Regierungspolitik die Stimme gaben.“

Wulf Gallert weiter: „Wir steuern auf die Akzeptanz dieser Politik im Landtag zu. Bei geheimen Abstimmungen, sehr oft von der AfD zu ihren Anträgen gefordert, stimmten etliche CDU-Abgeordnete der AfD zu, auch gegen ihre eigene Koalition. Kürzlich war dies in der Debatte zur Bildung und inneren Sicherheit zu erleben. Aus dem Regierungslager widersprach da nur noch der Innenminister den Rechtspopulisten.“

Angesichts der drohenden Dominanz einer Zusammenarbeit von CDU/CSU und AfD kann nur ein Bündnis von Rot-Rot-Grün nach den Bundestagswahlen die notwendige gesellschaftliche Wende zu Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität und Frieden schaffen. Diese wird aber wesentlich abhängen vom Wahlergebnis unserer Partei.

Wulf Gallert: „Wir haben mit dieser Wahl die Chance zur Veränderung und angesichts des Rechtsrucks in Europa sogar die Pflicht dazu.“ Niemand von den Anwesenden trat dafür ein, für die Zusammenarbeit die bestehenden Unterschiede in den Politikauffassungen zu negieren.

Nicht nur Wulf Gallert, sondern auch zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer führten als Bedingungen für eine Zusammenarbeit die tatsächliche Umsetzung der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, anderer Umverteilung durch gerechte Löhne und Renten, Begrenzung und Besteuerung des Reichtums, friedliche Außenpolitik, Verbot von Rüstungsexporten und Solidarität, an.

Wenn sie auch momentan zum Teil vom Kanzlerkandidaten der SPD in den Mittelpunkt seines Auftretens gerückt werden, macht so manchem Stammtischbesucher die erlebte Flexibilität der SPD in der Vergangenheit große Sorge.

So war sie doch in ihrer Regierungsverantwortung Mitverursacher der heutigen politischen Entwicklung, der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft und Endsolidarisierung. Die Grünen waren in dieser Zeit auch nicht zurückhaltender. Angesichts der bestehenden Chance und vor allem der Notwendigkeit eines Bündnisses, trotz der bestehenden Unterschiede, sollte die Zusammenarbeit angestrebt werden. Dabei kommt es darauf an, so mancher Stammtisch-Teilnehmer, dass wir unsere Grundpositionen nicht über Bord werfen.

Wir müssen aber auch zur Akzeptanz der Auffassungen der anderen bereit sein.

Alle waren sich einig, in den Bundestagswahlkampf gegen wir mit eindeutigen und verständlichen Wahlaussagen, mit klarem politischem Profil.

Wir kämpfen für ein gutes Wahlergebnis für uns, für den Einzug einer starken Fraktion in den Bundestag.

Wulf Gallert nach lebhafter Diskussion: „Für die kommenden Monate brauchen wir Optimismus in die eigene Kraft. Für Spekulationen über spätere Konstellationen sollten wir keine Kraft vergeuden. Mit Herz und Verstand müssen wir vermitteln, dass die notwendige Wende auch möglich ist.“

Zum Dank bekam er am Ende noch das LINKE Salzsäckchen „Wir mit Herz für Staßfurt“.

Spende für Männerchor

Ernst-Herrmann Brink

Die LINKE Saale-Wipper hat dem Männerchor Güsten eine Spende in Höhe von 150 € überreicht. Mit dieser Spende wurde der Transport der Seniorinnen und Senioren aus den Ortsteilen Amesdorf, Warmsdorf und dem Seniorenwohnpark zum Seniorenfasching im Bürgerhaus Güsten finanziert. Die Abgeordneten der LINKEN zahlen einen Teil ihrer Aufwandsentschädigungen in einen Solifond. Damit unterstützen sie Feuerwehren und Vereine, da die Haushalte der Kommunen dies nicht mehr gewährleisten. Die Haushaltskonsolidierungen in den Städten und Gemeinden beginnen immer bei den Vereinen, die das kulturelle Leben in den Orten und Ortsteilen am Leben halten. Bei der Übergabe sagte der Fraktionsvorsitzende im Güstener Stadtrat - Ernst Herrmann Brink - noch: „Damit wollen wir die Arbeit des Männerchores würdigen. Die Mitglieder opfern einen Großteil ihrer Freizeit, um den Menschen Freunde zu bereiten. Und die Spende soll dazu beitragen, dass die Stadt Güsten und die Ortsteile mehr zusammenwachsen.“ Die SeniorInnen freuten sich darüber, dass sie das erste Mal einer Veranstaltung in Güsten beiwohnen konnten. Ohne diesen von den LINKEN geförderten Busshuttle wäre ihnen eine Teilnahme kaum möglich. Das Foto von der Scheckübergabe hat uns freundlicherweise Falk Rockmann von der Volksstimme zur Verfügung gestellt.



Scheckübergabe beim Karneval
(Foto Rockmann)

Winterfütterung mit Besuch beim Stachelschwein

Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender

Schon mehrere Jahre lädt die Stadtratsfraktion in den Winterferien zu einer geführten Fütterung in den Staßfurter Tierpark ein.

29 Schul- und Kindergartenkinder, zum Teil mit Eltern sowie in Begleitung von Hortnerinnen, waren der Einladung gefolgt. Sie wurden von drei der neun Fraktionsmitglieder herzlich begrüßt.

Der Andrang war so groß, dass zwei Gruppen gebildet werden mussten, damit alle den Erklärungen der beiden Tierparkmitarbeiter folgen konnten. Bei Frostwetter waren natürlich nicht alle Tiere in den Freige-

hegen. Länger verweilen konnten die Mädchen und Jungen mit ihrer Begleitung bei den Eseln, den Erdmännchen, den Pferden und den Kamelen. Am Dingogehege erfuhren wir auch vom Nachwuchs, der aber von seiner Mutter in einer Erdhöhle, vor Zuschauerblicken geschützt, umsorgt wird. Es bleibt abzuwarten, wie groß die Nachwuchsschaar ist und welches Geschlecht das Licht der Welt erblickt hat. Höhepunkt des Rundganges, der auch durch einige Stallanlagen führte und Streicheleinheiten umfasste, war natürlich wieder der

Besuch beim Stachelschwein. Über das etwa 20 Jahre alte Tier hat die Stadtratsfraktion seit mehreren Jahren eine Tierpatenschaft. Sie soll im April um ein weiteres Jahr verlängert werden. Zur Begrüßung kam es aus seiner warmen Behausung und bekam dafür von seinen Paten Kohlrabi, Karotten, Äpfel, Porree und weiteres Gemüse. Wegen seiner Gefährlichkeit war bei aller Freude ein Sicherheitsabstand bei der Fütterung im Auslauf angebracht. In den Winterferien 2018 wird es wieder eine Winterfütterung geben.

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im März recht herzlich
zum 93. Geburtstag
Gertrud Große

zum 91. Geburtstag
Rudolf Böhnstedt

zum 88. Geburtstag
Christa Schneider

zum 87. Geburtstag
Christa Bust

zum 85. Geburtstag
Walter Wohlrab

zum 84. Geburtstag
Helga Friedrich
Vera Näther
Karl Hörold

zum 81. Geburtstag
Marianne Kinsky
Ingrid Schmerwik
Brigitte Weilbeer

zum 60. Geburtstag
Reinhard Käsebier
Hedda Scheunemann

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im März Geburtstag haben.



Sprechzeiten vom Aktionsbündnis für Soziale Gerechtigkeit

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat von 9:30 - 11:30 Uhr in den Räumen der Staßfurter Urania (Prinzenberg 18).

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am 29.03.2017 um 18 Uhr im Fraktionsbüro in Staßfurt.

„Kaffee mit LINKS“

Am 12.04.2017 ab 16 Uhr gibt es die nächste Gelegenheit im Bernburger Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.



Jeder Tag ein Frauentag - 365 Tage Gleichberechtigung im Jahr!

Wir wünschen alles Gute zum Frauentag!

Kreisvorstand und Redaktion

„Frühstück mit LINKS“

Am 27.03.2017 gibt es ab 10:00 Uhr im Bernburger Wahlkreisbüro wieder die Möglichkeit bei Brötchen und Kaffee ins Gespräch zu kommen.

Ortsversammlung in Bernburg
Alle Mitglieder und SympathisantInnen sind herzlich zur Ortsversammlung am **12.04.17 um 18 Uhr in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität** eingeladen. Wir werden u.a. über die Arbeit der Stadtratsfraktion diskutieren.

Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächste Sitzung am 18.04.2017 um 18 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro durch.

Regionalkonferenz zum Wahlprogrammmentwurf

Donnerstag, 23. März, 17.30 Uhr im Ratskeller Hettstedt (Am Markt 1-3).

#LIMA17-MEDIENKONGRESS

#POLARISIERUNG

LINKE MEDIENAKADEMIE

5 Tage Weiterbildung & Debatte



🏠 : linkemedienakademie.de
 📘 : linke.medienakademie
 📱 : LIMAticker

Jetzt Tickets sichern!

2. bis 6. April 2017

KONGRESSZENTRUM AM FRANZ-MEHRING-PLATZ 1 + VER.DI PAULA-THIEDE-UFER 10 | BERLIN

ClimatePartner^o
klimateutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 30. März 2017.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 02. März 2017.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
 Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P.),
 Klaus Magenheimer,
 Siegfried Mahlfeld,
 Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden